Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1919

113 (27.9.1919)

Visual Library

Erscheint
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen
monatlich 82 Pfennig
am Postschalter abgeholt,
durch den Briefträger und
unsere Austräger
frei ins Haus gebracht
monatlich 90 Pfg.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Geschäftszeit 1/28—5 Uhr,
Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen
kosten im Anzeigenteil die Petitzeile (42 mm breit) 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg., im textlichen Teil (87 mm breit) 60 Pfg., an erster Stelle 70 Pfg. Bei Wiederholung tariffester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlichen Betreibungen und bei Konkursen außer Kraft tritt. Erfüllungsort Sinsheim.

Schluß d. Anzeigenannahme
8 Uhr vorm., umfangreichere Anzeigen wollen Tags zuvor aufgegeben werden.

Postscheck-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

№ 113. Samstag, den 27. September 1919. 80. Jahrgang

Das Wichtigste.

Der frühere Chef des Zivilkabinetts v. Berg und Generalfeldmarschall v. Hindenburg geben bemerkenswerte Erklärungen zu den Friedensbesprechungen am 14. August 1918.

*

Die Reichsregierung hat mit der demokratischen Partei Verhandlungen über deren Wiedereintritt eingeleitet.

*

England beabsichtigt, demnächst die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland wieder aufzunehmen.

*

Schlesien wird am 1. April 1920 in Ober- und Niederschlesien geteilt werden.

*

In Sachsen wurde eine Instruktion für die Mitglieder des Spartakusbundes vorgefunden, in der der Mord der politischen Gegner organisiert wird.

*

Holland lehnt das Auslieferungsverlangen der Entente nach dem deutschen Kaiser ab.

*

Der Pariser Korrespondent des Matin berichtet seinem Blatte von einem großzügigen Wirtschaftsplan, um die gewaltigen natürlichen Reichtümer Rußlands durch eine deutsch-französisch-englische Wirtschaftsgruppe auszunützen.

*

In Hamburg streiken mehr als die Hälfte der Seeleute. Infolge dessen können die für die Gefangenenheimbeförderung bestimmten Dampfer nicht auslaufen. In Berlin steht ein Streik der Heizer bei den Siemenswerken bevor, die dadurch vollständig brachliegen und wodurch 30 000 Arbeiter brotlos werden würden. — In Amerika streiken 327 000 Arbeiter der Stahlindustrie.

*

Kundgebungen am jüdischen Neujahrstag (Donnerstag) verlangen die gänzliche Ausweisung der Juden aus Wien.

Der Kronrat vom 14. August 1918.

Erklärungen Bergs und Hindenburgs.

Berlin, 23. Sept. In der „Deutschen Tageszeitung" erklärt der frühere Chef des Zivilkabinetts v. Berg über die Besprechung am 13. August 1918 und über den Kronrat vom 14. August 1918 zusammenfassend:

Es herrschte Uebereinstimmung, daß aufgrund der vom Feldmarschall und General Ludendorff festgestellten militärischen Lage, wie sie sich in den Augen des Kanzlers und des Staatssekretärs des Aeußern darstellte, durch eine neutrale Macht, Holland, **Friedensbesprechungen mit den Feinden angebahnt werden sollten.** Die Kriegsziele, woran noch festgehalten werden sollte, wurden im einzelnen nicht besprochen, aber aus dem Ton der Besprechungen war klar, daß man auf die Erfüllung der bisher gehegten Hoffnungen nicht mehr rechnete, sondern daß der Staatssekretär in der Hauptsache freie Hand haben sollte.

Hindenburg äußert sich über die gleichen Vorgänge und sagt u. a.: Ich hatte damals gegen die Ausführungen v. Hintzes nichts einzuwenden. Daraus folgt für mich, daß bei den beiden Sitzungen volle Einigkeit unter den politischen und militärischen Stellen herrschte, und daß die Erörterungen beim Kronrat sich in denselben Gedankengängen bewegten wie bei der Besprechung vom 13. August. Ich hebe noch hervor: Wir waren uns voll bewußt, daß der Krieg jetzt mit diplomatischen Mitteln zu Ende zu bringen wäre.

Vor neuen Enthüllungen?

Berlin, 25. Sept. Aus Kopenhagen wird berichtet: Ein Londoner Telegramm besagt, daß der bekannte amerikanische Journalist Paul von Wiegand neue Enthüllungen aus dem Geheimarchiv des Ministeriums des Aeußern in Wien ankündigt. U. a. werden Schriftstücke veröffentlicht werden, aus denen hervorgeht, daß der **König von Montenegro** von Oesterreich bereits lange Jahre vor dem Kriege und auch während des Krieges Geldsummen, darunter kurz nach der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien, 5 Millionen Kronen erhalten habe, um den großserbischen Plänen, die für Montenegro ebenso bedenklich waren wie für Oesterreich, Hindernisse in den Weg zu legen.

Für einen Anschluß Deutschlands im Völkerbund.

W **Bern**, 24. Sept. Wie der Berner „Bund" aus Genf meldet, scheinen die Verhandlungen der derzeitigen Leiter des Völkerbundes schon so weit gediehen zu sein, daß in der nächsten Zeit ein tatsächlich funktionierender internationaler Dienst eingerichtet sein wird. Man ist entschlossen, den Engländern und Franzosen entgegenzukommen, ohne sich um die von Amerika ausgehenden Hemmungen zu kümmern. Ferner ziehe man eine **weiteste Ausgestaltung des Völkerbundes** in Erwägung, und will den unbedingten Anschluß Deutschlands an die Regelung des Schiffahrtswesens fordern. Das Fehlen Deutschlands würde eine Lücke entstehen lassen, die die Einrichtung der verschiedenen internationalen Einrichtungen des Völkerbundes erschweren müßte. Der Eintritt Deutschlands wird zu einem Zeitpunkt ins Auge gefaßt, in dem dieser Eintritt praktisch möglich ist.

Der Verband und die deutsche Verfassung.

Die Note über Abänderung des Artikels § 1.

Versailles, 23. Sept. Die gestern durch Baron von Lesner im Namen der deutschen Regierung unterzeichnete Erklärung betreffend die deutsche Verfassung, lautet folgendermaßen: Der gebührend ermächtigte und im Namen der deutschen Regierung handelnde Unterzeichnete anerkennt und erklärt, daß alle Bestimmungen der deutschen Verfassung vom 11. August 1919, welche mit dem Wortlaut des am 28. Juli 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrages in Widerspruch stehen, null und nichtig sind. Die deutsche Regierung erklärt und anerkennt, daß infolgedessen Alinea 2 des Artikels 61 der besagten Verfassung null und nichtig ist, und daß speziell das Eintreten **österreichischer Vertreter** in den Reichstag nur in dem Falle stattfinden könne, wo in Uebereinstimmung mit Art. 8 des Friedensvertrages der Rat der Liga der Nationen in eine Abänderung eingewilligt hätte, die mit der internationalen Lage Oesterreichs in Einklang steht. Die vorliegende Erklärung soll durch die gesetzgebenden deutschen Behörden in den 15 Tagen genehmigt werden, welche der Inkrafttretung des Friedensvertrages folgen werden. Abgegeben in Versailles am 22. September 1919, in Anwesenheit der unterzeichneten Vertreter der hauptsächlichsten alliierten und associierten Mächte.

Die diplomat. Beziehungen mit England.

Berlin, 24. Sept. Die Times meldet einer Basler Nachricht der Nationalzeitung zufolge, daß der englische Ministerrat in seiner Sitzung am Freitag die Wiederaufnahme der **diplomatischen Beziehungen zu Deutschland** beschlossen hat.

Holland lehnt die Kaiserauslieferung ab.

Paris, 25. Sept. Wie der „Temps" berichtet, steht die Antwort Hollands auf das Auslieferungsverlangen der Entente nach dem deutschen Kaiser nunmehr fest. Die Antwort sei in höflichem Tone gehalten, **lehne aber auf das entschiedenste ab, den früheren deutschen Kaiser auszuliefern.** Der „Temps" erklärt dazu, einige Mitglieder der Entente seien mit der Ablehnung gar nicht unzufrieden, weil endlich diese Angelegenheit einen Abschluß gefunden habe.

Die Franzosenherrschaft im Elsaß.

Hagenau (Elsaß), 22. Sept. Von hier wird berichtet: „Auch bei uns in Hagenau ist nicht alles so, wie es sein müßte und bald wird uns einheimschen Elsässern nichts anderes mehr zu tun übrig bleiben, als unser Bündel zu packen, um jenseits der Grenze das liebe Brot zu verdienen. Die hiesige Champagnerfabrik Deutz und Geldermann hat als Kellermeister einen Franzosen eingestellt, dessen erste Sorge es zu sein scheint, **möglichst viele Elsässer durch Franzosen zu ersetzen.** Nachdem nun die große Arbeit des Abfüllens beendet ist, hat man kurzerhand 13 Elsässer, darunter solche die schon viele Jahre bei der Firma tätig sind, entlassen. Auf ihre Frage nach dem Grund der Entlassung, wurde ihnen nur gesagt, sie sollten ruhig über die Brücke gehen, es seien Franzosen genug da, um an ihre Stelle zu treten. Hoffentlich nimmt ein derartiger Zustand recht bald ein Ende, denn dem Faß der Erregung fehlt zum Ueberlaufen nur noch ein Tropfen."

Das sind allerdings gegenüber der ersten Begeisterung schon ganz andere Töne, die nicht nur in Hagenau, sondern in ganz Elsaß-Lothringen zu vernehmen sind. Wie jubelten doch die Elsässer ihren Befreiern als den „Soyez les bienvenus" zu, sie konnten es kaum erwarten, bis die „Sieger" von ihrem Land Besitz nahmen — und heute? So ändern sich die Zeiten.

„Höchstens" 445 Milliarden.

Aus der Freitagsrede des Abg. Louis Marin in der Ratifizierungsdebatte der französischen Kammer ist nach dem stenographischen Wortlaut mitzuteilen, daß der Abgeordnete es als eine Uebertreibung bezeichnete, wenn man die gesamten Kriegskosten mit eintausend Milliarden angeben würde, deren Vergütung man von Deutschland verlangen könne. Zunächst seien von dieser Summe abzuziehen 149½ Milliarden, der Betrag der österreichischen, bulgarischen und türkischen Kriegsschuld, ebenso ferner 92 Milliarden, die Rußland verausgabt habe. Auch betrügen in England die Kriegskosten nicht 176 sondern nur 117 Milliarden. Die Ausgaben Frankreichs beliefen sich auf 165 und nicht auf 145, die italienischen auf 68 anstatt 58 Milliarden. Ferner seien die von Amerika mit 68 Milliarden anzugeben anstatt mit 114 Milliarden, wie dies geschehen sei. Man müsse also 326½ Milliarden in Abzug bringen, komme also **höchstens auf 445 Milliarden**, die die Alliierten von Deutschland verlangen könnten.

Die Franzosen verbieten die Eidesleistung der deutschen Beamten.

W **Berlin**, 24. Sept. Die Franzosen verbieten die Eidesleistung der Beamten. Der deutschen Regierung ist der Befehl der französischen Kontrollstellen bei der deutschen Zivilverwaltung im Bezirk Wiesbaden zur Kentnis gekommen, in dem der Regierungspräsident von Wiesbaden ersucht wird, jede neue Eidesleistung der deutschen Beamten zu verbieten. Jeder Beamte, der einen solchen Eid leistet, oder ihn seinem Untergebenen abnimmt, macht sich, wie es heißt, eines schweren Vergehens schuldig. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat im Auftrage der deutschen Regierung gegen den französischen Befehl nachdrücklichst Verwahrung eingelegt und die Erwartung ausgesprochen, daß sich die Alliierten bei der Prüfung der Angelegenheit von der Notwendigkeit der Beseitigung des Befehls überzeugen werden.

Ausnützung der natürlichen Reichtümer Rußlands.

Die Gemeinsamkeit der russischen Interessen Deutschlands, Frankreichs und Englands.

Köln, 24. Sept. Laut der Kölnischen Zeitung berichtet der Berliner Korrespondent des Pariser Matin von einem großzügigen Wirtschaftsplan, von dem er in den Kreisen der deutschen Großindustrie Kenntnis erhalten haben will, um die gewaltigen natürlichen Reichtümer Rußlands durch eine französisch-englisch-deutsche Wirtschaftsgruppe auszunutzen. Die natürlichen russischen Reichtümer sollen als Grundlage einer Emission gelten, die auf England, Frankreich und Deutschland zu verteilen sei. Rußland soll dadurch die Möglichkeit gegeben werden, sein finanzielles Gleichgewicht wiederzugewinnen um Frankreich die 22 Milliarden, die es Rußland geliehen habe, wieder geben zu können. Deutschland soll die Möglichkeit gegeben werden, auf möglichst rasche Weise seine Schulden zu begleichen. **Die Gemeinsamkeit der Interessen würde jede Kriegsgefahr für die Zukunft ausschließen und den Bankerott für die Gegenwart vermeiden.** Hervorragende Persönlichkeiten seien bereits für den Plan gewonnen.

Deutschland und Polen.

Berlin, 24. Sept. Zur Abwickelung der Ostfragen äußert sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung", daß ohne eine Verständigung über die **Wiederanbahnung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland**, der beiden Länder, die in vieler Hinsicht auf einander angewiesen seien, eine Abwicklung und der Uebergang unter die neue Herrschaftsform kaum denkbar seien. Diese Erkenntnis breche auch in Polen sich offenbar immer mehr Bahn. Schon mit Rücksicht auf unsere Landsleute in den östlichen Gebieten, auf den Schutz der deutschen Minderheiten, auf die vielen Ansiedler mit wohlerworbenen Rechten und die zahlreichen Beamten, die übernommen werden müßten, werde Deutschland die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Polen begrüßen. Indessen hätten auch die Polen mindestens das gleiche Interesse, die Einzelheiten der Ueberführung von Gebiet und Bevölkerung aus deutscher in polnische Herrschaft zu besprechen.

Der polnische Militarismus.

Mährisch-Ostrau, 23. Sept. Der Warschauer „Robotnik" schreibt gegen den polnischen Militarismus und die ständigen Kämpfe im Osten u. a.: „Wir besitzen keine Lebensmittel. Wir besitzen keine Kohlen und okkupieren ein größeres Gebiet, das wir mit Kohle, Lebensmitteln, Waggons und dergleichen versorgen müssen, Vernichtung und Demoralisation greifen um sich. Wir vergrößern unsere Armee. **Wohin zielen wir?"**

Die Besetzung Oberschlesiens durch die Entente.

Beuthen (Oberschlesien), 24. Sept. Wie der „Katholik" aus Warschau berichtet, erklärte in der letzten Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des polnischen Landtages der Minister des Aeußern, Skrzynski, daß nach einer vorliegenden zuverlässigen Meldung **die Besetzung Oberschlesiens durch Entente-Truppen** noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Frankreich und Italien erfolge und zwar Anfang Oktober.

Die Errichtung der Provinz Oberschlesien.

W **Berlin**, 24. Sept. Im Ausschuß der preußischen Landesversammlung für die Oberschlesische Frage wurde ein Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzialverbände und der zunächst vom Zentrum vorgelegte Gesetzentwurf über die **Errichtung einer Provinz Oberschlesien** in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung mit einer Stimmenthaltung (U. S. P.) angenommen. Nach dem Entwurf soll die Teilung Schlesiens in eine Provinz Ober- und Niederschlesien am 1. April 1920 in Kraft treten. Ueber die Vermögensauseinandersetzung soll das Gesetz entscheiden, wenn die Vertreter der beiden Provinzen nicht einig werden. Ein Zentrumsantrag, der für Oberschlesien ein besonderes Vorschlagsrecht für politische Beamten schaffen soll, wurde abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzialverbände soll auch einer Zwischenberatung unterzogen werden.

Zur Räumung der baltischen Provinzen.

Haag, 24. Sept. Aus London wird gemeldet: Amtlich wird erklärt, daß der Chef der Alliiertenmission in den baltischen Provinzen, der englische General Gough, den Befehl habe, den deutschen Truppen des Grafen von der Goltz, das dritte **Ultimatum von Marschall Foch zu überreichen, worin die sofortige Räumung** dieser Gebiete und die Auslieferung sämtlichen Kriegsmaterials an die Alliierten verlangt wird. Anfangs hatte sich der General über das Ultimatum sehr gereizt gezeigt, aber schließlich doch erklärt, nachgeben zu wollen, jedoch ist der letzte Teil der Forderung immer noch nicht durchgeführt, und außerdem ist es nunmehr endgültig festgestellt, daß das Heer des Generals von der Goltz immer größer wird und gegenwärtig 100 000 Mann zählt.

Tirols Kampf um seine Freiheit.

Innbruck, 23. Sept. Der Landtag nahm einstimmig einen gemeinsamen Antrag aller drei Parteien an, der besagt: „Der verfassunggebende Landtag Tirols erblickt in dem Friedensvertrag, der mit den Wilsonschen Punkten in krassestem Widerspruch steht, eine unerhörte Vergewaltigung des deutschen Landes Tirol, das gegen den klar ausgesprochenen Willen der Gesamtheit der Bevölkerung auseinandergerissen wird. Der Landtag bekundet vor Gott und der Welt, daß er **nicht ruhen wird, bis sich der Norden und Süden des Landes wieder vereinigt** haben werden. Er verwahrt sich gegen den Versuch, durch papierene Paragraphen die Zusammenfassung der deutschen Stämme Mitteleuropas vereiteln zu wollen und betrachtet das Verbot des Anschlusses als einen Angriff auf die Freiheit Tirols."

Zahlungsstockung der Republik Oesterreich.

Wien, 25. Sept. Das österreichische Staatsamt der Finanzen kündigt die Zahlungsstockung der Republik Oesterreich an. Der Staat ersucht die deutschen Banken vorläufig eine Einlösung von Fälligkeiten des österreichischen Staates nicht mehr vorzunehmen. In dem von der Republik Oesterreich am 10. September unterzeichneten Friedensvertrage sei allerdings eine **Regelung der Staatsschulden** des ehemaligen Oesterreichs erfolgt. Die Durchführung des Friedensvertrages erfolge jetzt jedoch erst nach umfangreichen Vorbereitungen, die vor dem 1. Oktober nicht abgeschlossen werden können. Eine provisorische Regelung und Weisung über die Wiederaufnahme der Zahlungen werde jedoch in der nächsten Zeit mitgeteilt werden. Bis dahin soll eine Erhebung der Fälligkeit der österreichischen Staatsschuld unterbleiben.

Reichsregierung und Demokratische Partei.

Berlin, 24. Sept. Zur Frage des **Wiedereintritts der Demokraten in die Reichsregierung** erfährt das B. T. von unterrichteter Seite: Die Anregung zu den Verhandlungen, die am Montag begannen, gingen von der Regierung aus. Diese Verhandlungen, die zunächst einen durchaus vorbereitenden Charakter tragen, werden seitens der Demokraten von dem ehemaligen Reichsfinanzminister Schiffer geführt. Kombinationen, soweit sie sich mit Personalfragen beschäftigen, sind verfrüht, da es zu den parlamentarischen Gepflogenheiten gehört, daß diesbezügliche Vorschläge vom Reichspräsidenten auszugehen haben.

Ein Nachtragsetat für den Reichspräsidenten.

Berlin, 24. Sept. Dem Haushaltungsausschuß der Nationalversammlung wurde heute mitgeteilt, daß ein Nachtragsetat eingegangen sei, der für den Reichspräsidenten ein Gehalt von 120 000 Mk. vorsieht. Außerdem werden 200 000 Aufwands-

gelder gefordert. Daneben soll der Reichspräsident Anspruch auf freie Dienstwohnung mit Geräteausstattung erhalten. Außerdem wird für den Reichspräsidenten ein ganzes Büro angefordert, das sich aus einem Unterstaatssekretär, drei vortragenden Räten, einem ständigen Hilfsarbeiter und zahlreichem Unterpersonal zusammensetzen soll.

Drohender Konflikt zwischen Regierung und Nationalversammlung.

Berlin, 24. Sept. Heute früh ist der Ausschuß der Nationalversammlung zur Vorberatung der Umsatzsteuer im Reichstagsgebäude zusammengetreten. Gleich zu Beginn der Sitzung stellte der sozialdemokratische Redner den Antrag, die Beratung der Umsatzsteuervorlage auszusetzen, da seine Parteifreunde die Vorlage nicht eher beraten wollen, als bis die eingebrachten direkten Steuern erledigt seien. Reichsfinanzminister Erzberger erklärte diesen Antrag namens der Regierung mit allen Konsequenzen für unannehmbar. Es setzte hierauf eine hochpolitische Debatte über den sozialdemokratischen Antrag ein. Sollte der Antrag der Sozialdemokratie angenommen werden, so wäre ein **Konflikt mit der Regierung gegeben.**

Im Anschluß hieran wurde von dem Vertreter der Demokraten erklärt, daß der Antrag der Sozialdemokratie als einer Regierungspartei mit dem parlamentarischen System für unvereinbar sei. Seine Freunde dächten nicht daran, die Regierung durch Ablehnung dieses Antrages gegen die eigene Regierungspartei zu schützen. Schließlich brach der Ausschuß die Beratung ab, um den Sozialdemokraten Gelegenheit zu geben, sich mit ihrer Regierung wegen ihres Antrages nochmals in Verbindung zu setzen.

Ohne Gegenrevolution.

Berlin, 24. Septbr. Auf dem deutschnationalen Parteitag Mittelschlesiens, der in Breslau stattfand, gab der Staatsminister a. D. Hergbt eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Man bekämpft uns mit dem Hinweis auf die Gegenrevolution und will unseren Versicherungen, daß wir keine Gegenrevolution machen wollen, nicht glauben. Scheidemann hat eben erst in Kassel mit dem Gespenst der Gegenrevolution gearbeitet. Wir machen es ohne Gegenrevolution. **Der Gedanke der Monarchie ist auf dem Marsche. Wir machen es auf dem Wege über die Verfassung.** Eine Zweidrittelmehrheit im Parlament gehört dazu Wo es das ganze Volk verlangt, früher oder später, werden wir die Monarchie haben, und zwar die Hohenzollernmonarchie.

Zur Konferenz der deutschen Finanzminister.

Berlin, 25. Sept. Von einer hiesigen Korrespondenz wird über die Berliner Konferenz der deutschen Finanzminister berichtet, daß es sich dabei um **Maßnahmen zur Verhütung des Staatsbankrottes gehandelt habe.** Da die Reichsbank außer Stande sei, die Ausgabe von Banknoten mit der nötigen Deckung zu besorgen, bleibe als einzige Möglichkeit für die Beschaffung vollwertiger Zahlungsmittel, die bestehen, an Stelle der für das Reich unmöglichen Golddeckung eine Deckung in Gütern einzuführen. Dadurch werde die Mark auf eine normale Höhe gebracht werden. Der Kurssturz der Banknoten sei nicht aufzuhalten gewesen, auch nicht durch eine Hilfe des Auslandes, die nur gegen hypothekarische Sicherheit erfolgen würde, wodurch der deutsche Besitz an das Ausland käme. Es soll auch eine Konvertierung der Kriegsanleihe besprochen worden sein, zum Zwecke einer Entschuldung im Innern. Jedoch trat die Erkenntnis zu Tage, daß mit halben Mitteln nicht gearbeitet werden könne, daß nur durch eine radikale Neuordnung unser Finanzwesen gebessert werden könne.

Um die Gefangenenheimkehr.

Berlin, 24. Sept. Die Reichszentralstelle für deutsche Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß in den Durchgangslagern bis einschließlich 23. September **rund 67 500 Heimkehrer eingetroffen sind.**

Berlin, 24. Sept. **Die Admiralität teilt mit: Der Seemannsstreik in den Nordseehäfen zeitigt üble Folgen für den Abtransport unserer Gefangenen aus England. Die Dampfer „Villa Real" und „Melita" sollten gestern von Hamburg nach Bremerhaven auslaufen, um dort ihre Ausrüstungen zu beenden. Infolge des Seemannsstreiks war es bis jetzt nicht möglich die Dampfer in Fahrt zu setzen.**

W **Versailles**, 25. Sept. Nach der „Nation Belge" beginnt am 25. September der Abtransport der deutschen **Kriegsgefangenen aus Belgien.**

W **Berlin**, 25. Sept. Die sozialdemokratische Fraktion richtete laut „Vorwärts" an die französische Kammerfraktion die telegraphische Bitte, alle Kraft für die schnellste **Zurückbeförderung** der deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen.

Der Streikwahnsinn.

Deutschlands Bevölkerung und Industrie steht einem katastrophalen Winter entgegen; die deutsche Valuta fällt, obwohl es eigentlich kaum noch tiefer geht, unbekümmert weiter; die Entente besteht auf ihrem Schein und verlangt ihre Kohlen- und andere Lieferungen; eben sind deutsche Delegierte nach Versailles gegangen, um über die Viehablieferung zu verhandeln; den neutralen Staaten können wir nicht einmal die in dem Wirtschaftsabkommen zugesagten Kohlenlieferungen geben; obwohl der ausländische Markt nach deutschen Erzeugnissen schreit, können wir nicht genügend ausführen, um die Valuta zu heben und genügend Nahrungsmittel zu annehmbaren Preisen einzuführen; noch ehe die Gefangenen da sind, leiden wir schon an einer furchtbaren Wohnungsnot. Kurz, viel schlimmer scheint's gar nicht mehr kommen zu können. Tausend Stimmen verkünden es täglich: Nur Arbeit kann uns helfen: Aber es wird gestreikt. Was hilft es, daß wohlwollende Neutrale ihr Bedauern aussprechen. **In Bremen hat sogar der Vorsitzende der kommunistischen Partei den Straßenbahnern vom Streik abgeraten,** es hilft nichts, gestreikt muß werden. Diesmal ist es die Wasserkante, die vom Streikfieber erfaßt scheint. Gestern berichteten wir vom Streik der Seeleute und Hafenarbeiter in Hamburg und Bremen. Stettin schließt sich schon an, andere folgen

Der Metallarbeiterausstand.

Berlin, 25. Sept. Nach einer Mitteilung des deutschen Metallarbeiterverbandes hat sich die Zahl derjenigen Betriebe deren Belegschaften sich an dem Kampf beteiligen wollen, auf 90, die Zahl der im Streik befindlichen Firmen auf 30 erhöht. Bei den bereits im Streik befindlichen Firmen hat der Streik eine weitere Ausdehnung gefunden. Die Zahl der Streikenden soll zur Stunde etwa 18 000, die Zahl der **Ausgesperrten etwa 30 000** betragen. Die Zahlen der Streikenden und Ausgesperrten wachsen stündlich. Bis zur Stunde ist von keiner Seite offiziell der Versuch einer Annäherung gemacht worden, doch würde man eine Verhandlungsaktion der mehrheitssozialistischen Führer nicht ungern sehen.

Berlin, 25. Sept. Der Streik in der Berliner Metallindustrie wird heute wahrscheinlich eine wesentliche Ausdehnung erfahren, da die **Siemenswerke** das von den Heizern gestellte Ultimatum, das heute abläuft, ablehnen werden. Die Heizer werden heute nachmittag über den Streik endgültig beschließen. Wenn sie in großer Mehrzahl aus den Betrieben gehen, so werden die Siemenswerke vollständig brachgelegt und über 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen werden brotlos. Die Heizer versorgen die Werke mit Licht und elektrischer Kraft, eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Betriebes. Heute findet eine Versammlung der Hauptvertrauensleute in der Metallindustrie statt, in der über die Streiklage beraten werden soll.

Ueber die Streiklage im **Hamburger Hafen wird berichtet, daß mehr als die Hälfte der Seeleute heute im Streik steht.** Die Unmöglichkeit, zwei Schiffe auslaufen zu lassen, die zur Abholung von Kriegsgefangenen aus England bestimmt waren, ist lediglich auf den Streik zurückzuführen, der auf solche Weise auch unsere Kriegsgefangenen und ihre Angehörigen auf das empfindlichste trifft. In Stettin ist der Seemannsstreik angesichts des geringen Verkehrs im dortigen Hafen bisher nicht von besonderer Bedeutung. Zu Störungen der Ordnung ist es nirgends gekommen. Die Arbeitswilligen werden von der Polizei hinreichend geschützt.

Das Bedauern hilfsbereiter Neutraler über Deutschlands Selbstmordtaktik.

Buenos Aires, 23. Sept. Außerordentliche Bedenken erregen in maßgebenden deutschfreundlich gesinnten argentinischen Kreisen die dauernd einlaufenden Meldungen über die **Streiks, den Rückgang der Kohlenbeförderung und die Arbeitsunlust in Deutschland.** Die argentinischen Freunde Deutschlands wollen ihm durch Bereitstellung von Krediten zur Beschaffung von Lebensmitteln zuhilfe kommen und es dadurch bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau unterstützen. Aber diese Bestrebungen werden durch das unverständliche Verhalten eines Teils der deutschen Arbeiterschaft stark geschädigt. Man sagt sich hier, daß es trotz allem Vertrauen in die deutsche Leistungsfähigkeit unnütz und vergeblich ist, den Deutschen zu helfen, wenn sie selbst die Hände in den Schoß legen und nicht sehen wollen, daß ihr Land durch die Streiks und Arbeitsunwilligkeit völlig zugrunde gerichtet wird.

Um das Unglück voll zu machen, kommen zu den Wirkungen der Streiks noch solche höherer Gewalt: der tatsächlich vorhandene Wagenmangel und tiefer Wasserstand der Wasserstraßen.

Die Angst vor dem Winter.

Basel, 23. Sept. Die „Nanial-Zeitung" meldet aus London: Die Zeitschreift „Outloock" veröffentlicht eine Uebersicht über die Nahrungsmittellage in England, in der es heißt, daß **der kommende Winter in Großbritannien sehr hart sein werde.** Die Preise werden noch erheblich in die Höhe gehen und man werde verschiedene Nahrungsmittel überhaupt nicht mehr bekommen. Die Kohlenlage sei außerordentlich ernst. Es sei möglich, daß ein großer Kohlenmangel entstehe, lange bevor der Winter vorüber sei. Glücklich seien diejenigen, deren Kohlenkeller einen Vorrat für einen oder zwei Monate enthalte. Obgleich die Bergarbeiter jetzt alle zurück seien, bestehe der Kohlenmangel fort, und die Vorräte werden diesen Winter noch seltener sein als im vorigen Winter. Die äußerste Sparsamkeit werde nötig sein. Die Produktionsziffern zeigen jetzt, daß die Regierung gezwungen sein werde, die bisherigen Lieferungen noch mehr herabzusetzen.

Das finanzielle Elend.

Basel, 23. Sept. Der Newyorker Vertreter der „Basler Nationalzeitung" telegraphiert: Führende Männer des amerikanischen Wirtschafslebens haben die Ansicht, daß es nicht mehr länger angehe, Europa seiner Finanz- und Valutamisere zu überlassen, sondern daß unverzüglich etwas geschehen müsse, um den Normalwelthandel wieder herzustellen, wenn sich nicht die üble Wirkung der europäischen Verhältnisse auch in Amerika geltend machen soll. Infolgedessen wurde soeben für den 29. September nach Atlantic City eine internationale Handelskonferenz einberufen, an dem Vertreter von Amerika, England, Frankreich, Italien und Belgien in amtlichem Auftrag erscheinen, um über die Wiederherstellung des regulären Welthandels zu beraten und entscheidende Beschlüsse zu fassen.

Spartakus als Meuchelmörder.

Dresden, 24. Sept. Die sächsische Regierung hat bei einem Agitatoren des Spartakusbundes eine Instruktion vorgefunden, an alle Vertrauensmänner, in der es u. a. heißt: 1) Alle Gruppen Deutschlands, Oesterreichs und der Tschecho-Slowakei gründen in ihren Gruppen eine streng geheime politische Organisationsgruppe. 2) Zweck dieser politischen Gruppe ist die Registrierung aller politischen Machtfaktoren, die einer kommunistischen Bewegung ein Hindernis bilden. 3) Durch diese angelegte Namensverzeichnisse ist es ermöglicht, genau unsere Feinde aufs Strengste zu überwachen, bei einem Aufstand dingfest zu machen und abzuurteilen. 4) Sollte von der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs u. d. Tschecho-Slowakei der Plan einer Beseitigung einer unliebsamen politischen Person für gut befunden werden, so erhält jene politische Gruppe den Auftrag zur Ausführung, wo die betr. Person ihren ständigen Wohnsitz hat. 5. Eine eigenmächtige Handlung ohne Auftrag der Zentrale darf von den Gruppen nicht ausgeführt werden. es sei denn, daß Verräter sofort zu bestrafen seien. In diesem Falle ist der Gruppe überlassen, den richtigen Weg einzuschlagen. 6) Welcher Genosse die Tat auszuführen hat, entscheidet das Los und derselbe ist verpflichtet, innerhalb 24 Stunden den **Plan auszuführen, wenn er nicht dasselbe Schicksal erleiden will.** Verweigerung gibt es keine. 7) In diese politischen Gruppen dürfen nur die verschwiegendsten und vertrautesten Genossen zugelassen werden. Verrat wird sofort mit dem Tode bestraft.

Spartakistische Mörderzentralen.

Berlin, 24. Sept. Ueber die Aufdeckung kommunistischer Mörderzentralen in Deutschland, von denen, wie gemeldet, eine soeben in Halle ausgehoben wurde, erfahren wir noch von unterrichteter Seite: Die **kommunistische Partei hat in zahlreichen Städten Deutschlands Mörderzentralen gegründet.** Außer in Berlin und Halle muß es als sicher gelten, daß es solche auch in Hamburg, München, Erfurt und Eisenach gibt. Der Mörderzentrale in Berlin, der, wie bekannt, der Inspektor Blau zum Opfer gefallen ist, gehörten als Führer drei Kommunisten an, die sich bereits in Haft befinden. Ueber die Ziele und Pläne der Berliner Mörderzentrale gibt einer der Verhafteten einen ziemlich genauen Aufschluß. Nach seinen Aussagen diente die Berliner Zentrale, wie auch die übrigen dazu, Spitzel, die entlarvt wurden oder Personen, die den Kommunisten unangenehm wurden, beiseite zu schaffen. Diese Mörderzentralen wurden nach russischem Vorbild, wie die in Halle, eingerichtet und waren mit ausreichenden Geldmitteln und Auslandspässen versehen. Außerdem hatten sie eine große Menge von Gift, Mordwerkzeugen und Schußwaffen bei sich.

Die kritische Lage in Italien.

Die Forderungen D'Annunzios.

W **Bern**, 23. Sept. D'Annunzio fordert in einer Rede, die er am Nationalfeiertag gehalten hatte, außer der Stadt **Fiume und deren Landesgebiet auch den Hafen und die Eisenbahn für Italien.** Jede andere Lösung sei unannehmbar.

Lugano, 23. Sept. Infolge der verworrenen Lage in Fiume hat der Ministerpräsident auf Wunsch des Königs auf den 25. September einen **Kronrat** einberufen. Die Kammer wird infolgedessen erst am 27. September wieder eröffnet. Als Grund der ungewöhnlichen Einberufung des Kronrats werden die Meldungen bezeichnet, nach denen Wilson seine Zustimmung zu dem mit Italien, Frankreich und England vereinbarten Abkommen über die Zuteilung Fiumes an Italien verweigert habe.

Berlin, 25. Sept. Aus Lugano wird gemeldet: Laut einer Nachricht des Messagero aus Trient sind **Truppenabteilungen D'Annunzios in den dalmatinischen Städten Tran und Sebenico** gelandet und haben diese Städte besetzt. Auch die Besetzung von Spalato ist geplant.

Die Töchter der Frau Konsul.

Roman von Fritz Ganzer.

3 Nachdruck verboten.

„Du bist es, Regine," sagte sie mit matter Stimme, die sympathisch berührte. Auch das edelgeschnittene Gesicht wirkte anziehend. Nur ein kalter Zug um den Mund störte.

„Ich komme hoffentlich nicht ungelegen, Mama?" fragte Regine, während sie nach dem Nähertreten einen Hocker heranzog und neben dem Liegestuhl Platz nahm.

„Nein, Kind", entgegnete Frau Cordula Garding mit der alten, müden Stimme. „Ich bin im Gegenteil sehr erfreut, daß du mir Gesellschaft leisten willst. Doris war vorhin auch ein Weilchen hier. Was mag Gabriele treiben? Ich habe sie heute erst nur bei Tisch gesehen."

„Ich weiß es nicht, Mama," sagte Regine, leicht die Schultern hebend. „Vielleicht hat sie in Gemeinschaft mit Georg einen Spaziergang unternommen."

Das klang alles sehr gleichgültig, neigte fast zu einem Verstimmtsein und harmonierte zu der ganzen Erscheinung der Sprecherin nicht. Ihre tiefbraunen, von langen Wimpern beschatteten Augen schimmerten in einem eigenen Glanz, der von warmer Herzensgüte und seltener Gefühlstiefe redete. Man konnte eigentlich nicht sagen, daß Regine Garding schön sei. Und doch war Schönheit vorhanden. Viel eigene, nicht alltägliche Schönheit, die anzog und den Blick fesselte. Und es war schwer zu entscheiden, ob der größere Reiz durch die Augen oder durch die Partie um den weichgeschnittenen Mund erzeugt wurde.

Die Konsulin hätte vielleicht empfunden, daß aus der Stimme ihrer Tochter etwas geklungen, das eigentümlich abweisend berührte, wenn der frische, ihr ganzes Sinnen füllende Schmerz nicht gewesen wäre.

Ihm gab sie sich ganz hin, und alle ihre Gedanken waren ein einziges Hadern mit dem grausamen Schicksal, das ihr den Gatten nach fast sechsundzwanzigjähriger, überaus harmonisch verlaufener Ehe entrissen hatte. So plötzlich und unerwartet entrissen, hinweggenommen aus dem rüstigen Schaffen und in der ungebrochenen Kraft seiner fünfunfünfzig Jahre.

Fast der ganze Tag fand sie, in apathisches Dahindämmern versunken, auf ihrem Zimmer, das sie nur verließ, um im kleinen Kreise der Familienangehörigen die Mahlzeiten einzunehmen. Besuche empfing sie überhaupt nicht. Die bisher so rege Geselligkeit im Gardingschen Hause hatte ein jähes Ende gefunden. Anfänglich hatte sich die Konsulin sogar gegen das Zusammensein mit ihren Töchtern gesträubt. Erst als sie erkannt, daß ein kurzes Geplauder mit ihren Kindern einen beruhigenden, tröstenden Einfluß auf sie ausübte, war sie bereit gewesen, ihnen den Besuch zu gestatten. Und nun freute sie sich jedesmal, wenn eine ihrer Töchter kam.

Jetzt schien sie besonders angenehm berührt. Sie versicherte Regine zum andernmal, daß sie sich freue, und streichelte die auf der Seitenlehne des Stuhles liegende feine, schmale Rechte der Tochter.

„Der heutige Tag stimmt doppelt traurig", fuhr sie dann nach einem kurzen Schweigen, das nur ein schmerzliches Seufzen unterbrochen hatte, fort. „Heute vor acht Tagen geschah das Schreckliche, das mir den Gatten und euch den Vater nahm." Die schon mit dem Beginn ihres Sprechens feucht gewordenen Augen erschienen plötzlich ganz verschleiert und gaben eine Reihe langsam und unaufgehalten rinnender Tränen frei.

Reginens Stimme zitterte, als sie ein tröstendes Reden anhub. „Mch ergreift die Erinnerung an unseren teuren Toten heute auch besonders schmerzlich. Sie wird es noch oft tun. Nach Jahren noch. Denn wenn so viele Güte und Liebe von einem gehen, auf Nimmerwiederkehr gehen, wird das Verwinden schwer. Und doch müssen wir uns endlich dazu hinfinden. Im treuen und festen Zueinanderhalten wird uns dies leichter werden"

Frau Cordula nickte wehmütig und gerührt. „Ja, wir wollen uns nun doppelt liebhaben, Kind. Das wird uns am ehesten trösten, dieses starke Gefühl der Zusammengehörigkeit. Wir werden es überhaupt brauchen. Die Zukunft droht mit so manchen Sorgen."

Sie beobachtete den erstaunt fragenden Blick der Tochter und fuhr erklärend fort: „Nicht solchen, die die Erhaltung unseres Lebens angehen und wie sie Familien beschieden sind, denen der Ernährer genommen wird. Ich denke an die Sorge, die die Weiterführung des Geschäftsnotgedrungen mit sich bringen muß. Ich habe so gut wie gar keinen Einblick in das verzweigte Gewirr all der Fäden, die bes jetzt so wohlgeordnet in der einen festen Hand zusammenliefen. Georg ist zwar ein tüchtiger Offizier . . . ."

Sie brach ab und sah Regine mit leiser Mißbilligung an. „Bezweifelst du es, daß du so spöttisch lächelst?"

„Du sahst wohl falsch Mama. Ich wüßte nicht, daß ich spöttisch gelächelt haben könnte. Ich setze durchaus keinen Zweifel in Georgs Tüchtigkeit als Offizier." Sie versicherte das kühl und steif und schloß die Lippen fest aufeinander.

„Nun, ich dachtie auch! Aber Georg ist nichts weniger als Kaufmann. Ob es ihm wohl möglich sein würde, die Leitung des Geschäfts zu übernehmen?"

„Ich glaube nicht."

„Er hat allerdings den besten Willen."

„Der ist nicht ausschlaggebend, Mama. Hier heißt es zuallererst: Fachkenntnisse! und dann nochmals: Fachkenntnisse!"

„Natürlich. Aber die könnte er sich schließlich erwerben. Meinst du nicht?"

Regine hob die Schultern. „Ich weiß nicht, Mama."

Einen Augenblick lang war es still zwischen ihnen. Die Entgegnung Reginens hatte so kühl und abweisend geklungen, daß die Konsulin nicht sofort ein Wort fand. Endlich sagte sie: „Was hast du eigentlich gegen Georg, Regine? Ich gewinne fast den Eindruck, daß etwas zwischen euch vorgekommen sein muß, was eine Verstimmung erzeugt hat."

„Du vermutest falsch. Es ich durchaus nichts." Sie sah verlegen zur Seite und lenkte dann schnell ab: „Aber sage einmal, brauchst du denn überhaupt Georg? Ich bin überzeugt, daß Herr Brockmann die geeignetste Person ist, die Leitung des Geschäfts zu übernehmen. Papa sprach stets in Ausdrücken uneingeschränktesten Vertrauens und höchster Anerkennung von ihm, rühmte seinen praktischen Sinn, seine Uneigennützigkeit und behauptete immer, er hätte den besten Prokuristen in ganz Burgbeck. Einer der Geschäftsfreunde Papas, vielleicht Herr Schölerkamp, wird sich dir als Berater gern zur Seite stellen. Sollte es dann nicht ohne Georg gehen?".

Regine hatte sich warm geredet und war zuletzt aufgestanden. Mit festen, energischen Schritten war sie ein paarmal über den großen, dickwolligen Smyrnateppich gegangen, der den Klang ihrer Tritte aufsog.

Die Konsulin stützte den Kopf in die feingeäderte Rechte und seufzte. Die Vorstellung, daß eine Verstimmung zwischen Regine und dem Gatten Gabrielens vorhanden sei, hatte an Gewißheit gewonnen. Aber sie sprach es nichts aus. „Ich schätze Herrn Brockmann sehr und bin von seiner Tüchtigkeit überzeugt. Aber da sich Georg angeboten hat, die Leitung des Geschäfts zu übernehmen, er mir die Versicherung gab, ohne Bedenken den Abschied erbitten zu wollen, konnte ich ihm unmöglich Herrn Brockmann vorziehen. Das wirst du einsehen, Regine."

„Ja," entgegnete sie nur. Und da sie gerade mit abgewandtem Gesicht über den Teppich ging, bemerkte Frau Garding nicht das spöttische Zucken, das um ihren Mund spielte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg